

Narmada geht - Kalpasar kommt

- vom Hin und Her in Gujarat -

von Lyla Bavadam

Die BJP-Regierung in Gujarat fährt Narmada runter und plant ihr eigenes ehrgeiziges Projekt.

Es hat nie einen Zweifel daran gegeben, daß der Narmada-Damm ein politisches Pokerspiel war. Gujarat leidet jetzt seit 15 Jahren an einer Krise der Wasserversorgung und diese Krise hat sich ständig vergrößert. In jeder Rede im Rahmen von politischen Kampagnen war Wasser das zentrale Thema. Und die damalige 'Congress'-Regierung baute Luftschlösser mit den folgenden Versprechungen: Direkter Nutzen für fast fünf Millionen Menschen durch die Bewässerung von 1,87 Millionen Hektar; ein jährliches Wachstum der Nahrungsmittelproduktion von 2,5 Tonnen innerhalb von 25 Jahren (Indiens aktuelle Produktion liegt bei 188 Millionen Tonnen); Trinkwasser für 30 Millionen Menschen in 135 städtischen Zentren und 8.215 Dörfern; Erleichterung für die dürrgefährdeten Gebiete von Saurashtra und Kutch in 1997 und 2002; 20 Prozent mehr Wasser als nach bisherigen Schätzungen notwendig.

Obschon diese Versprechungen von vornherein auf tönernen Füßen standen, stellten sie sich beim Regierungswechsel und der Machtübernahme durch die 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) als Lüge heraus. Und der offensichtliche Fehlschlag erwies sich als ausgesprochen peinlich für die neue Regierung. Durch alle Höhen und Tiefen des Narmada-Damm-Projektes unterstützte die BJP kontinuierlich den Bau des Dammes. Mittlerweile ist nicht nur der prestigeträchtige Posten des Präsidenten der 'Sardar Sarovar Narmada Nigam Limited' (SSNNL; das halbstaatliche Unternehmen, das den Bau durchführt) vakant, auch ein weiterer wichtiger Posten - der des Narmada Entwicklungsministers - liegt zur Zeit bei BJP Minister Purshottam Singh Roopala, einem relativ unbekanntem Politiker. Der Posten des SSNNL-Präsidenten wird in Gujarat so hoch eingeschätzt, daß man sagt, er werde demjenigen gegeben, dem es nicht gelingt, Ministerpräsident zu werden.

Kürzlich hielt die Staatsministerin für Energie, Urmilaben Patel, eine Rede bei einer Versammlung zu Gujarats Energieprognosen, ohne dabei auch nur einmal den Narmada-Damm zu erwähnen. In Anbetracht ihrer bisherigen Pro-

Damm-Position wurde darin ein signifikanter Wechsel in der Regierungspolitik Gujarats gesehen.

Die Distrikte Kutch und Saurashtra sind wegen chronischen Wassermangels weitgehend Wüstengebiete und diese Tatsache ist bisher von jeder Regierung ausgenutzt worden. Die frühere 'Congress'-Regierung hat Kutch und Saurashtra als Hauptargument benutzt, um den Bau des Narmada-Dammes verkaufen zu können. Es ist klar, daß ihre Versprechungen, diesen Distrikten Wasser zu bringen, in erster Linie das Ziel hatten, die Unterstützung aus dieser BJP-Hochburg zu erhalten. Nach der Kehrtwende der BJP sind die Arbeiten am Projekt seit 1994 fast zum Erliegen gekommen. Grund dafür ist vor allem die Weltbank, die jegliche finanzielle Unterstützung für Sardar Sarovar zurückgezogen hat. Dafür gab es eine Reihe von Gründen, aber der bedeutendste war die Feststellung, daß das Wasser des Narmada-Dammes die Regionen von Kutch und Saurashtra nie erreichen würde.

Kommt jetzt Kalpasar

Unfähig, dies ohne Gesichtverlust bei einem wichtigen Teil ihrer Wähler zugeben, beschloß die BJP, Narmada links liegen zu lassen und stattdessen ihr eigenes Geisteskind, nämlich Kalpasar, in den Vordergrund zu rücken. Das neue Projekt wird lautstark als die am ehesten durchführbare Alternative zu Narmada angepriesen. In der Realität ist allerdings auch dieses Projekt kaum durchführbar. Der ehrgeizige Plan beinhaltet den Bau eines 30 Kilometer langen Kofferdammes im Golf von Khambat an der Küste Gujarats, womit ein Süßwasser-See geschaffen werden soll, den 12 Flüsse speisen. Das Wasser soll dann nach Saurashtra und Kutch hochbefördert werden. Pläne für dieses Projekt waren im Juni diesen Jahres angekündigt worden, nachdem ein holländisches Unternehmen eine erste positive Machbarkeitsstudie erstellt hatte. Weitere Studien wurden bereits ausgeschrieben.

In seiner Essenz ist die konstante Werbung der BJP für Kalpasar jedoch

ein Tarnmanöver, um die Aufmerksamkeit ihrer Unterstützer in Kutch und Saurashtra davon abzulenken, daß der Narmada-Damm sich als Fehlschlag erweist. Und - mit Blick auf ihre eigene Wählerschaft - hat die 'Congress'-Partei den Plan für Kalpasar verworfen.

Unterstützung aus dem 'Congress'-Lager kommt nur von den Industriellen aus Zentral- und Süd-Gujarat - Gebieten, die vom Narmada-Projekt bedient werden sollen. Daß Kalpasar nur eine weitere Farce aus der Trickkiste der Politiker ist, wird auch ohne Machbarkeitsstudie offensichtlich. Sanyai Sangvai, Aktivist der 'Narmada Bachao Andolan' (Bewegung zur Rettung der Narmada) erklärt: "Sechs oder sieben dieser Flüsse, deren Wasser nach ihren Plänen genutzt werden soll, sind stromaufwärts gestaut. Alle anderen Flüsse sind so verschmutzt von schweren Industrieabfällen, daß die unteren Bereiche für jegliche Nutzung untauglich sind."

Kalpasar hat bereits erste politische Wellen geschlagen. Der Führer der Opposition und 'Congress'-Mitglied Amarsinh Chaudhary, nannte das Projekt "einen zu ehrgeizigen Tagtraum der BJP". Diese Reaktion kam durchaus erwartet, ist doch die Werbung der BJP für Kalpasar ein Zeichen dafür, daß die Staatsregierung versucht, sich vom Narmada-Projekt wegzubewegen.

Die BJP verfolgt zwei Politikstränge. Einerseits unterstützt sie Kalpasar, und andererseits besteht der Narmada-Entwicklungsminister Roopala auf seiner Kampagne für den Narmada-Damm. Er besteht darauf, daß es, wenn der Damm 80 Meter hoch wird, genug Wasser für Kutch und Saurashtra geben werde - eine Unmöglichkeit, wenn man berücksichtigt, wieviele Industrien davor angesiedelt sind, deren Wasserbedarf eine Dammhöhe von 137 Metern erfordert.

Wegen der Höhe des Dammes gibt es indes auch Streit mit Madhya Pradesh. Die Regierung dieses Bundesstaates hätte gerne eine um etwa 6 Meter niedrigere Staumauer, um die Anzahl der Vertriebenen im eigenen Gebiet zu verringern. Die offene Weigerung der dortigen Regierung, die ursprüngliche Höhe zu akzeptieren, hat die BJP in eine peinliche

Lage gebracht. Für allen praktischen Nutzen ist eine Höhe von 80 Metern für die realen Motive der BJP völlig ausreichend. Auch wenn das Wasser der Narmada nicht Kutch und Saurashtra erreichen wird, wird es definitiv bis nach Ahmedabad kommen, wo all die Zucker- und Chemieunternehmen angesiedelt werden sollen.

Zu einem Großteil ist die Erwartung an den Narmada-Damm, daß er die Bharuch-Baroda-Kheda-Region beliefert, bekannt als der "Goldene Korridor". Gleichzeitig werden Geld und Infrastruktur bereitgestellt mit dem Ziel der vollständigen Industrialisierung dieser

Region. Schon jetzt sind elf Zuckerfabriken im Bau und die Lizenzen für dreizehn weitere wurden bereits erteilt. Sanat Mehta, der ehemalige Präsident der SSNNL, ist der Gründer von zweien dieser Unternehmen.

Die plötzliche Zurückhaltung der BJP gegenüber dem Narmada-Projekt hat seine Wurzeln in dem Täuschungsmanöver, das Projekt sei das Rückgrat für das industrialisierte Gujarat. Ihre neue Wirtschaftspolitik kreist um den angeblichen Erfolg des Narmada-Damms und 460 Milliarden Rupien an Investitionen wurden bereits im voraus in Aussicht gestellt. Neuere Angaben der projektierten

Investitionen für insgesamt 88 Projekte addieren sich zu überwältigenden 531 Milliarden Rupien. Unternehmen wie Reliance, Essar, die Arvind Group und die Birlas sehen zu, daß sie ihre Anteile in diesem Bundesstaat erweitern, der vorhat, am Ende des Jahrhunderts der am stärksten industrialisierte Staat des Landes zu sein. Sich plötzlich von Narmada zurückziehen und Kalpasar als Alternative anzubieten, wäre Selbstmord für die BJP-Regierung.

(Der Beitrag erschien im Nachrichtenmagazin 'Sunday', Calcutta, Übersetzung: Bruni Weißen)

Die "ausländischen Teufel"

von Jürgen Neitzel

Die Feierlichkeiten endeten mit einem großen Knall in Guhagar, einem kleinen, malerisch gelegenen Dorf im indischen Unionsstaat Maharashtra. Überall verstreut lagen abgebrannte Feuerwerkskörper. Zur Feier des Tages zogen mehrere Prozessionen vom Dorf in die nähere Umgebung, auf dem Weg verteilten die Teilnehmer Süßigkeiten. "Sie boten uns Geld und wollten dafür unser Land. Wir wollen Ihr schmutziges Geld nicht. Wir wollen die von Ihnen versprochene Entwicklung nicht. Wir waren bereit zu sterben oder ins Gefängnis zu gehen. Dies ist jetzt nicht mehr nötig, denn der Feind ist besiegt", erklärte Mastaan, einer der Dorfältesten. Der Feind ist die amerikanische 'Enron Corporation', die in der Nähe von Bombay ein Kraftwerk errichten wollte. Der Vertrag zwischen 'Enron' und der indischen Regierung wurde vor drei Jahren abgeschlossen, mit dem Bau in der Zwischenzeit bereits begonnen. Doch darum scherte sich die neu gewählte hindu-nationalistische Regierung in Maharashtra wenig. Sie hielt ihr Wahlversprechen und annullierte kurzerhand die Baugenehmigung für das 2.015 Megawatt Kraftwerksprojekt. "Das Projekt ist gegen die Interessen des Staates", lautete die lapidare Begründung des Landeschefs Manohar Joshi. Enron ist jedoch nur die Spitze eines Eisberges.

Wer ist gegen ausländische Unternehmen und warum?

Die Kampagne gegen die "ausländischen Multis" kann sich auf eine breite gesellschaftspolitische Basis stützen. Dabei werden bisherige politische Konstellationen über den Haufen geworfen. So macht die indische Linke gemeinsame Sache mit den Hindu-Nationalisten. Einhellig begrüßten Politiker beider Lager die Entscheidung der 'Bharatiya Janata Party'/'Shiv Sena' Regierung, das Kraftwerksprojekt zu stoppen. "Wer auch immer im nationalen Interesse handelt, wird von uns unterstützt", erklärte der NF-Abgeordnete Digvijay Singh. Der Hauptvorwurf der indischen Linken ist: Die Einladung ausländischer Unternehmen führe zum "Ausverkauf heimischer Ressourcen" und letztlich zum "Verlust der nationalen Souveränität". Als wirtschaftspoliti-

sche Alternative zur Globalisierungsstrategie der 'Congress'-Partei präsentieren die Hindu-Nationalisten ihr "Swadeshi-Konzept". "Swadeshi heißt nicht, daß wir uns vom Rest der Welt isolieren. Aber wir müssen uns auf unsere eigenen Ressourcen verlassen, um die Grundlagen für zukünftigen Wohlstand zu schaffen", erklärt Atal Behari Vajpayee, führender Politiker der BJP. "Ausländische Investitionen führen nicht zur ökonomischen Stärkung Indiens. Sie schaffen keine Beschäftigung und steigern nur unsere Auslandsverschuldung. Außerdem untergraben sie unsere traditionellen Werte. Auslandsinvestitionen sind nur im High-Tech- und Infrastrukturbereich willkommen, im Konsumgütersektor brauchen wir sie nicht", ergänzt S. Gurumurthy, Ideologe der hindu-fundamentalistischen RSS. Die BJP schuf dafür auch die griffige Formel: "Computer Chips ja, Kartoffel Chips nein". Unter der Landbevölkerung schüren die Hindu-Nationalisten bewußt uralte Ängste vor den Multis. Wenn die ausländischen Konzerne erst einmal Fuß fassen, so die Botschaft, drohen zuerst Arbeitsplatz- und Landverluste. Am Ende drohe eine neue Kolonialisierung Indiens. Angeblich hat die 'Swadeshi Jagran Manch' (SJM), ein Ableger der RSS, bereits in 185.000 Dörfern Aktivisten für ihren Kampf gegen die "ausländischen Teufel" rekrutiert.

Andere gesellschaftliche Gruppierungen unterstützen das Konzept der Hindu-Nationalisten aus Eigeninteresse, wie ein Teil der Unternehmerschaft. Die Abschottung der indischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland garantierte vielen indischen Unternehmen wettbewerbsgeschützte Märkte und damit hohe Profite. Dies hat sich schon geändert. Der kalte Wind des Wettbewerbs bläst den 'Modis', 'Birlas' und 'Tatas' nun ins Gesicht. Die Angst vor wirtschaftlichen Einbußen führte zur Bildung von verschiedenen Lobbies zur Bewahrung alter Besitzstände: so die Produzenten von Farbfernsehgeräten, die sich gegen den Markteintritt von 'Sony' wehren.

Droht eine neue "wirtschaftliche Kolonialisierung"?

Bei genauerem Hinsehen erweisen sich die meisten Vorwürfe gegen ausländische Unternehmen als reine